

**Nicole Janz/Thomas Risse (Hrsg.), Menschenrechte – Globale Dimensionen eines universellen Anspruchs, Baden-Baden (Nomos) 2007.**

Können Menschenrechte in alle Kulturen und Religionen übertragen werden? Oder sind sie nur Ausdruck einer westlichen Idee mit einem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit? Der Sammelband von Nicole Janz und Thomas Risse, basierend auf einer Vorlesungsreihe der Freien Universität Berlin, befasst sich mit der Debatte um die universelle Gültigkeit von Menschenrechten und insbesondere der Frage, welche Bedeutung dem Faktor Kultur dabei zukommt.

Thomas Risse gibt im ersten Aufsatz einen guten Einblick in die Fragestellung, ob Menschenrechte als Grundlage einer Weltvergemeinschaftung dienen können und wie groß die Diskrepanz zwischen Normanerkennung und Normeinhaltung ist. Um feststellen zu können, ob Menschenrechte als Grundlage der allgemeinen Weltvergemeinschaftung dienen können, erstellt Risse drei Indikatoren, anhand derer der »Grad der Anerkennung« geprüft werden kann (S. 18). Menschenrechte müssten in internationalen Abkommen kodifiziert, von einer Mindestanzahl von Vertragsparteien anerkannt und anhand von Menschenrechtsdiskursen der Bevölkerung nahegebracht werden.

Basierend auf dem Konsens der internationalen Gemeinschaft besteht zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine weltweite Anerkennung der fundamentalen Menschenrechte. Somit wäre, rein theoretisch, die Grundlage für eine Weltvergemeinschaftung bereits in zwei Indikatoren erfüllt. Nun sind jedoch die meisten

Staaten von einer Einhaltung und effektiven Durchsetzung selbst der grundlegendsten Menschenrechte weit entfernt. Risse beschreibt unterschiedliche regionale Menschenrechtsregime und stellt fest, dass Menschenrechtsschutz in den Regionen am meisten ausgeprägt ist, wo er am wenigsten notwendig ist – in den Teilen der Welt, die von rechtsstaatlichen Demokratien dominiert sind.

Nicht selten wird der Vorwurf laut, die Menschenrechte seien Bestandteil der globalen »Hegemonie des Westens« (S. 22). Dem setzt Risse entgegen, dass der Entstehungsort nicht unweigerlich auch eine kulturelle Gebundenheit an diesen voraussetzt und die Idee der Menschenrechte mit fast allen großen Weltreligionen und Philosophien vereinbar ist.

Risse entwickelte mit anderen Forschern ein »Spiralmodell des Menschenrechtswandels«, welches in verschiedenen Phasen den Weg von der bloßen Normanerkennung zur Normeinhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten analysiert. Ausgangspunkt für dieses Modell ist die Situation in einem Staat, in dem »eine autoritäre Regierung die Menschenrechte systematisch verletzt« (S. 28). Entscheidend für das Spiralmodell sind außerdem Bumerang-Effekte, welche Druck auf den Staat von innen (durch Oppositionsbewegungen im Land) und von außen (z.B. durch NGOs oder andere Staaten) ausüben und während des Prozesses mehrfach auftreten. Durch den erhöhten Druck und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wird die Regierung im besten Falle langfristig zu einer Modifikation der Menschenrechtseinhaltung bewegt.

Gegen Ende seines Aufsatzes befasst sich der Autor mit der Problematik der Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure. Sowohl das internationale Menschenrechtsregime als auch das Spiralmodell richten sich an Staaten, die das Gewaltmonopol innehaben; bei Gruppen wie Warlords oder internationalen Terrororganisationen kann das Spiralmodell hingegen nicht ansetzen. Daher stellt die »(Wieder-)Herstellung von elementarer Rechtsstaatlichkeit« eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar (S. 34). Die Glaubwürdigkeit dieser Zielsetzung geht jedoch verloren, wenn rechtsstaatliche Demokratien zur Terrorbekämpfung auf eine Aussetzung von Menschenrechten pochen. Dadurch könnte es zu einer »Aufweichung der internationalen Menschenrechtsstandards« kommen, welche wiederum fatale Folgen für die »Entwicklung eines menschenrechtlichen Universalethos« hätte (S. 35).

Dorothea Schulz befasst sich in ihrem Aufsatz speziell mit der problematischen Umsetzung und Anerkennung von Menschenrechten in Afrika südlich der Sahara. Hier fehle nicht nur die von Risse beschriebene Normeinhaltung, sondern die dafür vorauszusetzende Akzeptanz von Menschenrechten innerhalb der Bevölkerung. Diese skeptische und tendenziell ablehnende Haltung ließe sich unter anderem durch »die westlich-liberalen und daher kulturell-fremden Wurzeln« der Menschenrechtsstandards erklären (S. 56). Schulz beleuchtet in ihrem Aufsatz die aufgeheizte Diskussion über Menschenrechte in Afrika. Auf der einen Seite ist es für NGOs problematisch, auf einen universellen Anspruch

von Menschenrechten zu pochen, da sie selbst von der Bevölkerung als westlich instrumentalisiert empfunden werden. Auf der anderen Seite gibt es Verfechter von spezifisch afrikanischen Menschenrechten, die sich grundsätzlich gegen eine universelle Gültigkeit der westlich verwurzelten Menschenrechte sträuben. In der akademischen Debatte hingegen gehen zahlreiche Autoren davon aus, dass Menschenrechte grundsätzlich anerkannt werden. Schulz kritisiert den hohen Verallgemeinerungsgrad bei diesen wissenschaftlichen Debatten. Die Annahme von einer homogenen afrikanischen Gesellschaft hält sie nicht für haltbar. Außerdem würden in der Diskussion, ob afrikanische Werte mit westlichen Menschenrechten vereinbar seien, häufig voreilige Schlüsse aus historischer Empirie gezogen. Die Tatsache, dass historisch betrachtet, bestimmte Rechte in der afrikanischen Gesellschaft existieren, die mit den universellen Menschenrechten übereinstimmen, sagt noch nichts über einen tatsächlichen Konsens über deren Gültigkeit aus. Aus bestehenden Traditionen kann man, so Schulz, noch auf keine »grundsätzliche Einforderbarkeit« schließen (S. 63).

Sie sieht als größte Herausforderung für die Zukunft die Herstellung eines Dialogs zwischen Verfechtern sowohl universeller als auch kulturell spezifischer Menschenrechte. Ziel dieses Dialogs sollte sein, »der Formulierung von Menschenrechten diejenigen normativen Standards zugrunde zu legen, die afrikanische Akteure nicht nur akzeptieren, sondern im nationalen Kontext umsetzen« (S. 77). NGOs sollten jedoch eine gewisse Autonomie gegenüber

den international agierenden Organisationen wahren, um auf nationaler Ebene glaubwürdig und unabhängig zu bleiben. Abschließend sollte deutlich gemacht werden, dass der Begriff Kultur auch im afrikanischen Kontext ein beweglicher und veränderlicher Faktor ist.

Schulz gibt einen verständlichen Einblick in den Menschenrechtsdiskurs in Afrika. Ihr Anliegen ist es nicht, allgemeingültige Lösungen zu formulieren, sondern einen übersichtlichen Einstieg in die Thematik zu geben.

Einen anderen brisanten kulturellen Faktor beleuchtet Gudrun Krämer, die sich eingehend mit der Vereinbarkeit von Menschenrechten, dem Islam und der islamischen Kultur befasst. Hilfreich ist Krämers Abgrenzung und Definition der Begriffe »Islam« und »Islamisten« zu Beginn ihres Aufsatzes. Aus dem Koran gehe eine grundsätzliche Anerkennung der Menschenwürde sowie ein Gleichheitsverständnis vor Gott hervor. Aus ersterem lässt sich jedoch keine grundsätzliche Basis für Menschenrechte ableiten, genauso wenig wie Gleichheit vor Gott gleichzusetzen ist mit Gleichheit vor dem Gesetz. Ansätze zur Umsetzung von voller Rechtsgleichheit von Mann und Frau werden zumindest von Islamisten abgelehnt. Krämer befasst sich mit der möglichen Struktur einer islamischen Demokratie. Diese beinhaltet nicht nur bestimmte Strukturen und Verfahren, sondern auch ein bestimmtes Rechts- und Werteverständnis. Grundsätzlich wird in der islamischen Welt zwar ein pluralistisches Meinungsverständnis akzeptiert, doch das Ideal eines muslimischen Einheitsstaates bleibt übergeordnet. Islamisten dient Politik »nur

als Mittel zum Zweck«, um einen islamischen Staat nach islamischer Ordnung zu errichten. Politische Diskurse werden weitgehend von moralischen Argumenten dominiert und erschweren dadurch demokratische Kompromissfindungen. Krämer verweist abschließend auf das prägende politische Umfeld, in dem Islamisten meist weder Mitspracherechte bei politischen Entscheidungsprozessen noch rechtsstaatlichen Schutz genossen haben (S. 52).

Der Sammelband bietet insgesamt einen guten Überblick über die Problematik des vermeintlich universellen Anspruchs von Menschenrechten und die Bedeutung des kulturellen Faktors. Diesem sehr komplexen Feld wird der Band durch eine ausgesprochene Vielfalt von Themengebieten gerecht.

Insa Eekhoff

**August Pradetto (Hrsg.), Human Security und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Münster (LIT Verlag) 2005.**

Der Sammelband von August Pradetto besteht aus drei Teilen. Der erste Teil ist ein Konferenzbericht über das erste Symposium der Helmut-Schmidt-Universität (HSU), das sich mit der Möglichkeit einer Bewertung von Bundeswehreinsätzen im Ausland auseinander setzte. Teil zwei besteht aus Aufsätzen, die sich mit Problemen von Missionen in Afghanistan und Bosnien, sowie mit institutionellen Rahmenbedingungen und dem Aufgabenspektrum befassen. Teil drei ist der Anhang.

Einleitend macht der Herausgeber deutlich, welcher Sicherheitsbegriff dem Buch zugrunde liegt: der erweiterte Sicherheitsbegriff oder Human Security. Sicherheitspolitik muss diesem Verständnis nach Bedingungen schaffen, unter denen Human Security entstehen kann. Dazu bedarf es wiederum eines akteursübergreifenden Ansatzes, der staatliche und nichtstaatliche Elemente mit einbezieht.

Der Herausgeber macht zugleich ein Problem ausfindig. Es gibt, so Pradetto, keine wissenschaftliche Analyse des Erfolgs oder Misserfolgs. Es fehlen die Kriterien, die allen Faktoren, die in einem schwierigen Umfeld von Bedeutung sind, Rechnung tragen. Das Symposium soll einen ersten Schritt in diese Richtung darstellen, Kriterien zu definieren.

In fünf Panels werden verschiedene Möglichkeiten zur Evaluierung vorgestellt. Positiv ist, dass die Referate im Original abgedruckt sind, was es dem Leser erlaubt, sein eigenes Bild stärker als bei einer gekürzten Fassung zu formen.

Zum Anfang seines Aufsatzes »Der Westen und die Post-Taliban-Ordnung: Gefahr der »Irakisierung« Afghanistans?« stellt Bealel El-Mogaddedi eine Liste von Problemen auf, die bisher ungelöst blieben. Dazu gehören vor allem Hungersnöte und die zerstörte Infrastruktur. Der afghanischen Regierung sei es nicht gelungen, die fundamentalen Probleme zu bekämpfen.

Provozierend ist der Titel, der den Irak als »Schablone« für misslungenes »state-building« beschreibt. Der Autor versäumt es jedoch, genau zu definieren, was er mit der »Irakisierung« eines Landes meint. Das Versäumnis führt

zu Irritationen, die mit einer Definition hätten verhindert werden können.

Im zweiten Punkt bewertet er die Rolle Karseis, des ersten Präsidenten Afghanistans nach dem Sturz der Taliban. Er beschreibt ihn als »Experiment« (S. 108). Es müsse sich zeigen, wie stark die Zentralgewalt in Kabul werden kann und ob sie in der Lage sein wird, für Sicherheit zu sorgen.

Weiter befasst sich der Autor mit dem Haushalt Afghanistans. Hier stellt er den hohen Anteil der Militärausgaben heraus, aber auch die Finanzkraft von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). El-Mogaddedi fordert eine bessere Koordinierung der ausländischen Hilfe, aber auch mehr Mitspracherecht der Regierung in Kabul. Diese Punkte sind alle sehr wichtig, es fehlt aber ein »roter Faden«. Der Autor »springt« vom Militärhaushalt über NGOs zu »Warlords«. Zwei bis drei Unterpunkte mehr hätten den Aufsatz übersichtlicher gemacht.

Hier offenbart sich dann auch der größte Widerspruch. Der Leser gewinnt den Eindruck, dass eine »Irakisierung« Afghanistans positive Auswirkungen haben würde. Der Irak ist, was die finanziellen Zuwendungen betrifft, deutlich besser gestellt als Afghanistan.

Am Ende des Aufsatzes erklärt El-Mogaddedi endlich, was er mit »Irakisierung« meint. Die Destabilisierung des Landes und die Gewalt zwischen Afghanen und ausländischen Truppen gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Dies können die internationalen Akteure nur erreichen, wenn sie Afghanistan nicht als »Stützpunkt« begreifen, sondern die wirklichen in-

nerstaatlichen Probleme angehen.

In dem Aufsatz »Die EU als zivil- militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit« untersucht Hans-Georg Ehrhart die institutionellen Rahmenbedingungen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zu Beginn geht Ehrhart der oft gestellten Frage nach den Akteursqualitäten der EU nach. Der Autor charakterisiert die Europäische Union als Akteurin, weist aber gleichzeitig auf die vielfältigen Probleme hin, die unter anderem durch einzelstaatliche Interessen verursacht werden. Probleme gibt es vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik. Hier sind, so Ehrhart, die Akteursqualitäten der Europäischen Union umstritten. Nicht unwesentlich hat dazu die verfehlte Ausgabenpolitik im Verteidigungssektor beigetragen. Nach Ehrhart konzentrieren sich die Investitionen zu sehr auf »klassische« Bereiche wie die Armee. Neuen Herausforderungen könne jedoch nur durch ein erweitertes Verständnis von Sicherheit begegnet werden. Hier zeigt sich jedoch die Bedeutung der EU, die über ein gut ausgebautes und breiteres Spektrum an zivilen Instrumenten verfügt und somit für zivile Kriseneinsätze sehr gut geeignet ist.

Neben den Bedrohungen sicherheitspolitischer Natur ist es vor allem wichtig, dass die EU die nationalen Entscheidungsprozesse harmonisiert, um auf eben diese Aufgaben entsprechend reagieren zu können bzw. diese präventiv zu bearbeiten. Für den Autor stellt die Koordinierung der einzelnen (staatlichen) Instrumente »eine anhaltende Herausforderung« dar (S. 131).

Im Abschnitt »Probleme der CMCO« weist Ehrhart auf die Grenzen der Koordinierung nationalstaatlicher Politik hin. Einzelne Institutionen stehen in Konkurrenz und blockieren sich gegenseitig. So ist das Verhältnis der Kommission zu Institutionen der »zweiten Säule« gespannt, weil jeder den Kompetenzverlust fürchtet. Aber auch innerhalb der zweiten Säule gibt es Spannungen, die teilweise ein Problem der Gewichtung, teilweise ein Problem der Hierarchisierung sind.

Die von Ehrhart im letzten Teil entworfene Perspektive stimmt jedoch positiv, weil die beschriebenen Probleme nicht als bisher auf eine engere Koordinierung der militärischen und zivilen Instrumente setzen.

Manuel Schulz kritisiert in »Kulturtechniken zur Konfliktprävention aus militärischer Perspektive« das »Negativimage« des Militärs bei der Konfliktprävention. Seine Einschätzung kommt zu dem Ergebnis, dass das Militär immer noch als klassisch realistisches Machtmittel verstanden wird. Der Autor geht jedoch nicht auf die positiven Entwicklungen in dem Bereich ein. Schulz geht davon aus, dass das Militär eine wichtige Rolle bei der gewaltfreien Vorbeugung von Konflikten spielen kann.

Schulz beschreibt auch die Aufgabe des Militärs in ferner Zukunft. Sie soll die »Exekutive einer Weltinnenpolitik« (S. 99) sein. Er stellt dazu eine Reihe von Annahmen auf. Es geht ihm um die Überwindung nationaler Interessen zu Gunsten einer Souveränitätsabtretung an internationale und supranationale Organisationen. Die Relativierung erfolgt jedoch mit dem Verweis auf die Realisierungschancen, denen Schulz

skeptisch gegenübersteht. Dennoch nimmt er seine Annahmen als Idealbild, dem es sich anzunähern gilt. Der kategorische Imperativ von Kant wird zum Leitgedanken erhoben, um eine wirklich moderne Gesellschaftsform zu erreichen. Der Autor stellt drei Forderungen auf, die zwar richtig und nachvollziehbar sind, darunter die »Anerkennung des interkulturellen Grundkonsenses« (S. 101), doch wird daraus nicht ersichtlich, was das wesentliche Ziel des Autors ist. Konkreter wird Schulz im Abschnitt »Militärische Voraussetzungen«. Hier wird das Bild eines »Staatsbürgers in Uniform« (S. 101) gezeichnet. Der Soldat muss in einen Zusammenhang von Streitkräften und deren Befehlsformen und der demokratisch »verfassten Existenz« (S. 102) gestellt werden.

Der Autor hebt des Weiteren die Bedeutung der Wehrpflicht hervor. Nur wenn Soldaten aus allen Teilen der Gesellschaft kommen, können die neuen Herausforderungen bewältigt werden. Den Wert sieht Schulz vor allem in der Zusammensetzung der Bundeswehr, die alle Schichten umfasst.

Bei der konkreten Frage, wie die Bundeswehr für gewaltlose Friedensprozesse genutzt werden kann, weist Schulz auf Altbekanntes hin. Militär und NGOs müssen effektiver zusammenarbeiten, wobei der Armee primär der Schutz der zivilen Organisationen zukommt.

Jens Heinrich

**Jimmy Carter, Unsere gefährdeten Werte: Amerikas moralische Krise, München Zürich (Pendo Verlag) 2006.**

Jimmy Carter, 39. US-Präsident und Friedensnobelpreisträger, bietet in seinem neuesten Buch eine umfassende Analyse der moralischen Krise Amerikas. Er tut dies vor dem Hintergrund seiner persönlichen Werte, welche zum Großteil christlich begründet sind. Eine seiner größten Sorgen ist hierbei der in den letzten Jahren zunehmende religiöse Fundamentalismus und die damit einhergehende Verflechtung zwischen Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten, die sich etwa in Fragen der Abtreibung, Homosexualität und Todesstrafe oder der Leugnung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse widerspiegelt. Neben diesen innenpolitischen Beobachtungen widmet sich Carter jedoch auch der amerikanischen Außenpolitik, indem er die Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Terrorbekämpfung sowie die militärische Aufrüstung und Atomwaffenverbreitung scharf kritisiert und sich für diplomatische Lösungen anstelle von Präventivkriegen ausspricht. Neben der Verantwortung Amerikas als Förderer und Vermittler des internationalen Friedens plädiert er außerdem für eine Vorbildfunktion des Landes im globalen Umwelt- und Ressourcenschutz.

Das Buch hat einen klaren und gut strukturierten Aufbau. Zuerst gibt es einige allgemeinere Kapitel, die der Orientierung des Lesers dienen und ihm den Einstieg in das Thema erleichtern. So werden, nach einer präzisen und eine gute inhaltliche Übersicht verschaffenden Einleitung, im ersten Kapitel



die größten aktuellen Kontroversen, aber auch einheitliche Überzeugungen innerhalb Amerikas dargestellt. Da Carter hier bereits häufig auf der Basis seiner christlichen Werte und Überzeugungen argumentiert, gibt er dem Leser – damit dieser »meine Glaubwürdigkeit besser einschätzen und die Gründe für meine Urteile besser verstehen« (S. 21) kann – im folgenden Kapitel einen umfassenden Überblick über seine persönlichen Wertvorstellungen und religiösen Überzeugungen. Hierbei vermittelt er mehrfach mit klarer Deutlichkeit, dass er zwar gläubiger Baptist ist und aus dieser Überzeugung auch seine moralischen Werte ableitet, jedoch auch, dass er stets eine klare Trennung von religiösem Glauben und politischen Entscheidungen befürwortet und praktiziert hat. Anschließend befasst er sich mit dem wachsenden radikal-religiösen Fundamentalismus in Amerika und der Welt und liefert hierfür anhand einiger Charakteristika eine klärende Definition, die sich zusammengefasst aus »Unnachsichtigkeit, Herrschaft und Isolation« (S. 38) zusammensetzt. Nachdem er kurz – und großteils anhand von persönlichen Erfahrungen – auf die wachsenden Konflikte unter den Gläubigen auf der Welt eingeht, wendet er sich den Vereinigten Staaten zu, indem er den hartnäckigen Streit über den Widerspruch zwischen Religion und Naturwissenschaft diskutiert. Dieser ist, neben anderen Dingen, die im folgenden Kapitel genauer erörtert werden, für ihn ein beunruhigendes Zeichen der Verflechtung von Kirche und Staat. Carter betont: »wer ein politisches Amt innehat, muss sich der Tatsache stellen, dass es einen feinen, aber wichtigen Unterschied gibt zwischen

der praktischen Anwendung der hohen Ideale des Glaubens und einer öffentlichen Pflicht« (S. 58). So sind für ihn zum Beispiel »glaubensbasierte Gesetzesinitiativen« zur staatlichen Finanzierung von religiösen Gruppierungen (S. 61) schlichtweg inakzeptabel.

Die nächsten Kapitel des Buches befassen sich mit verschiedenen Maßnahmen der aktuellen amerikanischen Regierung im Bereich der Innenpolitik. Hier werden Themen wie Scheidung und Homosexualität, Abtreibung, Todesstrafe und die Rolle der Frau diskutiert. Wie erwartet wird in diesen Bereichen auf sehr religiöser Ebene argumentiert, und Carter stützt sich bei seinen Auslegungen häufig auf die Bibel. Dennoch bleiben seine Schlussfolgerungen glaubwürdig und vertretbar, da er auf diese Weise die vorherrschende und häufig religiös begründete Doppelmoral Amerikas besonders gut zum Vorschein bringt: Zum Beispiel bemerkt er im Rahmen der Diskussion um Abtreibung und Todesstrafe schon beinahe ironisch, dass »paradoxiertweise [...] manche von denen, die mikroskopisch kleine Stammzellen leidenschaftlich schützen wollen, zu den glühendsten Befürwortern der Todesstrafe« gehören (S. 77). Anschließend folgt ein Kapitel zum Fundamentalismus in der amerikanischen Regierung, welcher sich sowohl in innen- als auch in außenpolitischen Maßnahmen widerspiegelt. Carter stellt dabei besorgt fest, dass dieses Phänomen zu der Entstehung von »tiefen und zunehmend verstörenden Brüchen in unserem Volk« (S. 98) geführt hat, und appelliert an die amerikanischen Bürger, dieser Herausforderung zu begegnen. Obwohl Carter das Thema

schon zuvor angesprochen hat, ist dieses zusammenfassende Kapitel sinnvoll, da es seine Gedanken hierzu – seiner größten Sorge in »Amerikas moralischer Krise« – noch einmal konzentriert auf den Punkt bringt. Auch bildet dieser Teil den Übergang zur amerikanischen Außenpolitik, mit der sich die folgenden Kapitel des Buches befassen. So werden zum Beispiel die Neokonservativen, die »die aggressive, unilaterale außenpolitische Einmischung gutheißen« und »offensichtlich entschlossen [sind], die amerikanische Vorherrschaft weltweit durchzusetzen«, indem sie beispielsweise »einen Präventivkrieg als gangbaren Weg, dieses imperialistische Ziel zu erreichen« billigen (S. 96f.), für ihre Zielsetzungen und Methoden scharf kritisiert.

Die nachfolgenden Kapitel behandeln verschiedene Bereiche der amerikanischen Außenpolitik: den Kampf gegen den Terrorismus, Schutz der amerikanischen Waffenarsenale und die Verbreitung von Atomwaffen sowie die Frage nach einer Botschaft des Friedens oder eines Präventivkrieges. Zudem wird Amerikas Rolle bei globalen Problemen, wie dem Schutz der Umwelt oder der Entwicklungshilfe, diskutiert. Carter stellt fest, dass ein gravierendes Problem in den meisten dieser Bereiche wiederum der Umschwung zu einer fundamentalistischen Anschauung ist. Diese führt dazu, dass an ein »einzigartiges Verhältnis zu Gott« geglaubt wird und demnach jeder, der eine andere Meinung vertritt, im Unrecht sein muss. Dies spiegelt sich bei der aktuellen Regierung unter anderem in der Abneigung, mit Gegnern wie Nordkorea oder Syrien zu verhandeln, wider, was auf beiden Seiten

zu verhärteten Positionen, Misstrauen und Feindschaft führt. Der nächste Schritt in dieser Denkweise sei, so Carter, andersgläubige Menschen als minderwertig anzusehen und sie im Extremfall sogar zu »Untermenschen« werden zu lassen, »deren Leben kaum von Bedeutung ist« (ibid.). Solche Ansichten rechtfertigten dann auch extreme Menschenrechtsverletzungen, wie sie im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere in Guantánamo oder Abu Ghraib, auftreten. Neben dieser Abkehr vom internationalen Recht, die für Carter als Menschenrechtsverfechter ein besonderes Problem darstellt, werden auch Maßnahmen wie der Patriot Act scharf kritisiert. Carter macht jedoch auch hier wieder deutlich, dass »nur das amerikanische Volk [...] unsere Regierung wieder auf den Weg der rechtlichen, religiösen und politischen Verpflichtung auf diese alten, ehernen moralischen Grundsätze zurückbringen« kann (S. 130). Generell stellt Carter fest, dass die amerikanische Regierung in vielen Bereichen der Außenpolitik, so auch im Bemühen um internationalen Frieden (bspw. im Nahen Osten) oder der Atomwaffenkontrolle, von den Grundsätzen jeder vorherigen Regierung abweicht und Pfade eingeschlagen werden die in weltweiten, gravierenden Konsequenzen resultieren (S. 135), wenn man Amerikas Vorbildfunktion – positiv wie negativ – in der Welt beachtet. Falsche Botschaften werden ausgesandt, wie etwa diverse Verstöße gegen internationale Abkommen, die »bislang einmalige Strategie des Präventivkrieges«, oder dem verantwortungslosen Umgang mit Umwelt- und Klimaschutz. Nach einer Erörterung der fehlgeleiteten

amerikanischen Entwicklungspolitik und mangelnden – bzw. durch die Bush-Administration eingeschränkten – sozialen Absicherungen im eigenen Land, stellt Carter in einem abschließenden Kapitel die Frage nach den notwendigen Charakteristika einer Supermacht: »Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Demut, Menschenrechte, Großzügigkeit und das Eintreten für moralische Werte« (S. 192). Hierbei kommt er zu dem Schluss, dass die Amerikaner zu Recht stolz auf ihr Land sind, da es in der Tat die Grundlagen bietet, die eine Supermacht zu erfüllen hat und es daher »keinen Grund [gibt], warum unser Land nicht international ein Vorbild für diese Werte sein könnte« (ibid.). Im Folgenden listet er auf, wie sich Amerika seiner Ansicht nach in der Welt verhalten sollte und stellt zuletzt fest, dass eine solche Wandlung keiner »Opfer« bedarf, sondern in einer Steigerung des eigenen Wohlergehens resultieren würde.

Die spannende Mischung aus belegbaren Thesen und persönlichen Anekdoten machen Jimmy Carters Buch zu einer informativen wie unterhaltsamen Lektüre. Auch wenn man einen Großteil der moralischen und politischen »Verfehlungen« der aktuellen amerikanischen Regierung bereits aus den täglichen Nachrichten kennt, lässt das komplette Ausmaß in dieser gesammelten Form den Leser doch häufig mit verständnislosem Kopfschütteln zurück. Hierbei stützt der Autor sich vor allem auf zwei Kritikpunkte, deren Auswirkungen sich durch die gesamte Bandbreite der amerikanischen Politik ziehen: den zunehmenden religiösen Fundamentalismus in den amerikanischen Regierungskreisen

und die damit verbundene wachsende Verflechtung von Kirche und Staat. Carter argumentiert in seinem Buch geschlossen und überzeugend, sodass der Leser am Ende kaum eine Wahl hat als ihm zuzustimmen, dass »diese Regierung [...] in der Tat eine radikale und freiwillige Abkehr von den Prinzipien aller vorhergehenden Regierungen vollzogen [hat], sowohl denen der Demokratischen wie denen der Republikanischen Partei«. Zudem ist das Buch gespickt mit mehr oder weniger direkten Appellen an das amerikanische Volk, eine entschiedenere Position einzunehmen, um die Politik an ihre moralische Verantwortung zu erinnern. Es bleibt zu hoffen, dass die jüngsten Kongresswahlen in der Tat der erste Schritt zur Kehrtwende waren.

Juliane Kolsdorf

**Thorsten Bonacker, Christoph Weller (Hrsg.), Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure – Strukturen – Dynamiken, Frankfurt (Campus Verlag) 2006.**

Das Ende des Ost-West Konflikts brachte viele politische Veränderungen mit sich. Besonders die Entgrenzung von Konflikten ist zu beobachten. Hierbei zeigen sich Nationalstaaten immer weniger in der Lage, sich gegenüber internationalen Akteuren (z.B. terroristische Netzwerke oder transnationale zivilgesellschaftliche Gruppen) durchzusetzen und Konflikte zu lösen bzw. diese zu beenden.

Der Band »Konflikte der Weltgesellschaft« betrachtet globale Phänomene wie Terrorismus, Migration, Staatsversagen oder Armut aus der

Perspektive der Weltgesellschaft. Die Autoren haben die im Band enthaltenen Texte in vier Teilbereiche gegliedert: Zunächst befassen sich einleitende Aufsätze mit der Perspektive Weltgesellschaft, danach folgen Texte zu den Akteuren und den Dynamiken der Weltgesellschaft abschließend werden die Konfliktstrukturen der Weltgesellschaft betrachtet.

Christoph Weller und Thorsten Bonacker beschreiben in ihrem einleitenden Text »Konflikte der Weltgesellschaft: aktuelle Theorie- und Forschungsperspektiven« die Notwendigkeit, Konflikte aus einer weltgesellschaftlichen Sicht zu betrachten. Sie liefern damit die notwendige und sinnvolle theoretische Grundlage des Sammelbandes.

Konflikte der heutigen Zeit sind nahezu immer Konflikte mit globalen Dimensionen. Internationale Akteure, Werte und Interessen spielen eine große Rolle im heutigen Konfliktgeschehen. Trotzdem findet die Analyse dieser Konflikte meist auf einer nationalstaatlichen Ebene statt. Dies führt dazu, dass viele globale Zusammenhänge nicht vollständig erfasst werden können. Die Autoren weisen darauf hin, dass heutige Konflikte als »Konflikte der Weltgesellschaft anzusehen« (S. 10) sind. Wichtig ist hierbei, »das Gemeinsame einer weltgesellschaftlichen Perspektive in den Vordergrund zu stellen« (S. 17). Bonacker und Weller erklären, »jenseits der Heterogenität der Weltgesellschaftsforschung liegt dieses Gemeinsame unseres Erachtens zum einen darin, dass eine solche Perspektive Konflikte und ihre inter- und transnationalen Austragungsformen und Regelungen als einen wesentlichen Beitrag

zur Evolution der Weltgesellschaft auffasst« (S. 17).

Ein anderer Aspekt der weltgesellschaftlichen Sichtweise ist für die beiden Autoren, dass diese Perspektive es ermöglicht, verschiedene Konflikte als Folge von Globalisierungs- und Entgrenzungsprozessen zu erkennen. Eine solche Betrachtungsweise ermöglicht somit einen neuen analytischen Umgang mit den Problemen und Konflikten der globalisierten Welt.

Weltgesellschaftsforschung und Konfliktforschung waren bisher zwei eher getrennt arbeitende Forschungsrichtungen. Bonacker und Weller betonen, dass auch die Konfliktforschung davon profitieren kann, wenn sie sich mit einer weltgesellschaftlichen Perspektive auseinandersetzt. Sie erklären, »dass es sich lohnt, Konflikte in der Weltgesellschaft als Konflikte der Weltgesellschaft zu verstehen« (S. 40).

Im Bereich »Konfliktakteure der Weltgesellschaft« beschreibt Ingo Take in seinem Text »Die Schattenseite der Weltgesellschaft – Die transnationale Vernetzung von Gewaltakteuren als weltgesellschaftliche Herausforderung« den Wandel des Kriegsgeschehens.

Kriege finden heute nur noch selten zwischen oder innerhalb von Staaten statt, sondern sind eher regionale Phänomene. Auch die Akteure von Kriegen sind somit nicht mehr klar einem Staat zuzuordnen. Dieser überwiegend transnationale Charakter der Kriege ist Hauptgegenstand der Betrachtung von Take.

Er verwendet die weltgesellschaftliche Perspektive, um das Kriegsgeschehen zu analysieren. Dabei wird deutlich, dass der so erlangte »erweiterte Analysefokus« (S.105)

vorteilhaft ist. Er ermöglicht dem Autor, einen gelungenen Überblick über das heutige Kriegsgeschehen zu bieten. Dabei wird deutlich, dass der »Bedeutungsverlust territorialer Grenzen« dazu führt, dass sich Kriegsursachen und Motive ändern.

Take beschreibt, wie schwache Staaten mehr und mehr unter Druck geraten, da sie sich nicht mehr nur nationalen Akteuren und Erosionsprozessen, sondern auch internationalen Akteuren und Prozessen (volkswirtschaftliche Verflechtung und Wettbewerb) gegenübersehen. Auch wird deutlich, dass Kriege heute häufig nicht mehr dem Erwerb der Regierungsmacht dienen, sondern oft zum Selbstzweck geführt werden, da sie für viele, teils global agierende, Akteure extrem profitabel sind. Neben diesem Phänomen der Kriegsökonomien werden auch Phänomene wie Bad Neighbourhood, internationale terroristische Netzwerke und die Diffusion von (Kriegs-)Akteuren betrachtet.

Abschließend verdeutlicht der Autor, dass eine weltgesellschaftliche Perspektive von großem Nutzen sein kann, das entgrenzte Kriegsgeschehen zu analysieren. Er fordert zu Recht einen Perspektivwechsel im Umgang mit den zuvor genannten Problematiken, damit diese in ihrem vollen, globalen Umfang besser als bisher erfasst werden können.

Albert J. Beresen und Omar Lizardo liefern mit ihrem Text »Internationaler Terrorismus und das Weltsystem« einen interessanten Beitrag zum Bereich vier: »Konfliktstrukturen der Weltgesellschaft«.

Die beiden Autoren beschäftigen sich in ihrem instruktiven Beitrag mit der sozio-

logischen Betrachtung des Terrorismus.

Berensen und Lizardo möchten mit ihrem Text dazu beitragen, einen theoretischen Rahmen zu schaffen, der helfen soll, »terroristische Aktivitäten innerhalb globaler Dynamiken zu verstehen« (S. 253). Dazu betrachten sie zunächst unterschiedliche »Analyseebenen in den Theorien des internationalen Terrorismus« (S.255 ff.). Sie beschreiben eine individuelle Ebene, die sich mit Einzelmotivationen von Akteuren beschäftigt und betrachten Gruppen und soziale Bewegungen, um dann auf den Terrorismus auf einer nationalen Ebene einzugehen. Daraufhin erfolgt eine historische Analyse, die sich mit dem Wandel des Terrorismus im Vergleich der heutigen Zeit mit früheren Perioden auseinander setzt. Hierbei kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass der heutige Terrorismus sich in sechs Punkten verändert hat:

1. Die Organisationsweise von terroristischen Gruppen weist zunehmend eine netzwerkartige Struktur auf.
2. Terroristische Gruppen bekennen sich immer seltener zu ihren Taten und weisen somit immer seltener eine Identität auf.
3. Terroristen stellen kaum noch Forderungen; tun sie dies doch, sind diese Forderungen meist vage und ungenau formuliert.
4. Terroristische Ideologien werden religiöser.
5. Terroristische Ziele werden globaler.
6. Terroristische Gewalt wird wahlloser in Bezug auf ihre Opfer.

Die Autoren stellen fest, dass sich diese Veränderungen direkt auf die aktuellen globalen Veränderungen zurückführen

lassen. Terrorismus wird somit als Gegenreaktion zur Globalisierung dargestellt. Terrorismus ist somit ein Phänomen, das als direkte Antwort auf die problematischen Aspekte der Globalisierung zu verstehen ist. Die Autoren beschreiben dabei die Argumentationen der Weltsystemtheorie, der World-Policy-Theorie und der Blowback-Theorie, die alle zu ähnlichen Schlüssen bei der Betrachtung von Globalisierung und Terror kommen.

Anschließend an diese Betrachtung erfolgt eine historische Analyse des Phänomens. Die Autoren stellen geschichtlich belegte Wellen des Terrorismus (Zeiten hohen terroristischen Aufkommens) dar und vergleichen diese. Betrachtet wird das Britische Imperium im Vergleich mit der heutigen US-amerikanischen Hegemonie. Sie kommen dabei zu dem interessanten Schluss, dass ein verstärktes Aufkommen terroristischer Aktivitäten meist mit Phasen hegemonialen Niederganges und der Existenz eines Imperiums sowie einer Globalisierungsphase zusammenfiel. Imperium und hegemonialer Niedergang sind auf den ersten Blick nicht vereinbar. Es wird jedoch deutlich, dass Terrorismus besonders in Phasen auftrat, in denen ein dominierender Staat einen ökonomischen Niedergang durch militärische Aggression auszugleichen versuchte. Diese beiden Phänomene korrelieren also mit Terrorismus. Außerdem stellen die Autoren fest, dass Terrorismus in beiden Fällen in »semiperipheren autokratischen Zonen des globalen Systems« (S. 268) auftrat.

Berensen und Lizardo erklären, dass der Vergleich der beiden Wellen eine Reihe von internationalen Bedingungen für Terrorismus suggeriert: 1.

hegemonialer Niedergang, 2. Globalisierung, 3. Imperium/kolonialer Wettbewerb, 4. terroristischer Ursprung in semiperipheren Zonen des Weltsystems (vgl. S. 268).

Diese Bedingungen ermöglichen den Autoren zu verdeutlichen, dass Terrorismus somit auch als Indikator für den Niedergang eines Imperiums und für wachsende internationale Instabilität dienen kann.

Abschließend erklären die beiden Autoren, dass das Auftreten terroristischer Ereignisse sich immer zu bestimmten Zeiten innerhalb der Weltgeschichte häuft und dass das Wissen darum helfen kann, das Phänomen des Terrorismus besser zu verstehen.

Berensen und Lizardo schließen mit der Aussage, dass Terrorismus eher endogen als exogen zu sein scheint, »d.h. er ist nicht eine Plage, die auf das Weltgeschehen einwirkt, sondern etwas, das durch das Weltsystem selbst erzeugt wird [...]. Vor diesem Hintergrund muss es uns heute darum gehen, die Entstehung des Terrorismus mit Hilfe der strukturellen Eigenschaften seiner sozialen Umwelt zu erklären« (S. 275).

Der Sammelband kann als wertvoller Beitrag zum Verständnis globaler Konfliktsituationen verstanden werden. Die Perspektive der Weltgesellschaft ermöglicht den Autoren ein Auszoomen und Scharfstellen bei der Betrachtung von Konflikten. Damit liefert der Band einen dringend benötigten Ansatz zum Umgang und zur Betrachtung globaler Problematiken.

Philip Schwidetzky